

PRESSEMITTEILUNG

LANDESFAMILIENRAT BADEN-WÜRTTEMBERG vom 08.08.2023

Sparkurs der Bundesregierung verschärft die Lage für Familien. Landesfamilienrat für Erhalt der Familienerholung

Im Juli hat die Bundesregierung ihren Haushaltsplan für 2024 vorgestellt. Darin wurde der Sozialhaushalt um 25 Prozent gekürzt. Die Einsparungen betreffen auch viele familienunterstützende Angebote. Dazu gehören beispielsweise die Kindergrundsicherung oder die Mehrgenerationenhäuser mit ihrem unverzichtbaren Angebot für alle Generationen im Quartier. Besonders hart würde es die Familienerholung und auch die Müttergenesung treffen, denn hier soll die Bauförderung offenbar komplett gestrichen werden.

Der Landesfamilienrat warnt an dieser Stelle davor, wichtige Angebote der Armutsprävention, der Entlastung und Gesundheitsförderung für Kinder und Familien kaputt zu sparen.

Baden-Württemberg hat sich, anders als viele andere Bundesländer, schon vor einigen Jahren aus der direkten Förderung der Familienerholung zurückgezogen. Familien mit geringen Mitteln erhalten seit 2005 keine individuellen Zuschüsse mehr für Familienferien. Weil die Träger der noch bestehenden Häuser den zusätzlichen Wegfall der Bundesmittel nicht auffangen können, werden nun viele Häuser aufgeben müssen.

„Angesichts der schwierigen Situation, in der sich viele Familien nach der Corona-Pandemie befinden, angesichts der weltpolitischen Krisenlage oder der gestiegenen Preise, ist der Rotstift ausgerechnet in diesem Bereich völlig unverständlich“, sagt dazu Christel Althaus, die Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg. Sollten die Kürzungen wie vorgeschlagen beschlossen werden, trifft es genau die Familien, die es bereits jetzt am schwersten haben: Mütter und Väter, deren gesundheitliche Situation durch Erziehungs- und Pflegeverantwortung stark belastet ist oder Kinder und Familien in Armutslagen, die sich sonst keinen Urlaub leisten können. Einer aktuellen Studie zufolge, haben 42 Prozent der Alleinerziehenden kein Geld für einen einwöchigen Urlaub.

„Es gibt immer mehr Familien, die sich keinen Urlaub und damit keine Erholungszeit leisten können, oder die in anderen belastenden Situationen stecken. Familienferien, eine unbeschwerte Zeit miteinander zu verbringen, in der sich die Eltern den Kindern widmen und den Alltag für ein paar Tage hinter sich zu lassen. Gerade das unterstützt Familien darin, gesund zu bleiben und ihren Aufgaben gerecht werden zu können“, so Althaus weiter.

Der Landesfamilienrat fordert die Bundesregierung dazu auf, die Kürzungen in diesem Bereich zurückzunehmen und appelliert an das Land, seinen Einfluss auf die Bundespolitik geltend zu machen. „An der Familie, an ihrer und damit auch an der gesellschaftlichen Stabilität zu sparen, ist definitiv der falsche Weg und der falsche Zeitpunkt ist es auch“, so Althaus abschließend.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist ein unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien. In der Begleitung und als Gegenüber der Landesregierung beteiligt er sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Dabei ist es das vorrangige Ziel, die Lebensqualität für Familien und die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen von Kindern zu verbessern.

Christel Althaus ist Professorin an der Hochschule Esslingen und lehrt dort u.a. Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Familie. Seit Dezember 2015 ist sie Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg.

Christel Althaus ist Professorin an der Hochschule Esslingen und lehrt dort u.a. Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Familie. Seit Dezember 2015 ist sie Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg.

Weitere Infos:

21,9 Prozent der Menschen in [Deutschland](#) hatten nach eigenen Angaben im Jahr 2022 nicht genug Geld für eine einwöchige Urlaubsreise. Das geht aus Eurostat-Daten hervor. Die Linksfraktion hatte die Zahlen beim Statistischen Amt der Europäischen Union erfragt, zuerst hatte das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) darüber berichtet. Am häufigsten trifft es den Daten zufolge Alleinerziehende. In der Kategorie »Alleinstehende Person mit abhängigen Kindern« sind demnach 42 Prozent nicht in der Lage, eine Woche in den Urlaub zu fahren. Auch insgesamt sind Haushalte mit Kindern häufiger betroffen (23,4 Prozent) als Haushalte ohne Kinder (20,7 Prozent). Gerade sie sind auf öffentlich geförderte Angebote zur Familienerholung angewiesen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/urlaub-statistik-100.html>

Pressekontakt: Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin

Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart,

Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de,